12. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus, Ordnungswesen und Digitalisierung am 16.04.2026

Niederschrift

über die 12. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus, Ordnungswesen und Digitalisierung am 16.04.2026 im Sitzungssaal des Rathauses Friedrichstadt.

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:45 Uhr

Anwesend:
stimmberechtigt:

stv. bürgerliches Ausschussmitglied	Bastian Beschorner
Ausschussvorsitzender	Uwe Eisenmann
Stadtverordnete	Elke Burmester
Stadtverordneter	Sebastian Kahlcke
Ausschussmitglied	Jan Kratochvil
Amtsausschussmitglied	Sebastian Müller
Ausschussmitglied	Jessica Pooch
Ausschussmitglied	Walter Reimers
Ausschussmitglied	Sonja Schönhoff

Entschuldigt fehlt:

bürgerliches Ausschussmitglied	Jan Boddenberg

Außerdem sind anwesend:
Volker Klomann (Personalrat der Stadt Friedrichstadt), Momme Hargens (Mitarbeiter für den ruhenden Verkehr), Joachim Kriegshammer (HGV Verbund Stapelholm), 4 Gäste

Tagesordnung:

öffentlich

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung durch den Ausschussvorsitzenden und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
2.a. Dringlichkeitsanträge
2.b. Beschlussfassung über die eventuelle Nicht-Öffentlichkeit einzelner Tagesordnungspunkte
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über die 11. Sitzung vom 20.11.2025
4. Einwohnerfragestunde
5. Bericht des Ausschussvorsitzenden
6. Bearbeitungssachstand zur Umsetzung gefasster Beschlüsse (öffentlich)
7. Bericht Mitarbeiter für den ruhenden Verkehr
8. Beratung und Empfehlungsbeschluss über nicht-investive Fördermaßnahmen im Binnenlandtourismus
9. Beratung und Beschluss über den Versand von Informationsschreiben zum Räumdienst an Zweit- und Ferienwohnungsbesitzer
10. Sachstandsinformation Einstellung Mitarbeiter für den Ordnungsdienst
11. Beratung und Beschluss über die Einführung eines Jahresparktickets

ENTWURF

12. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus, Ordnungswesen und Digitalisierung am 16.04.2026

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung durch den Ausschussvorsitzenden und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der stellv. Ausschussvorsitzende begrüßt alle Anwesenden, besonders die Gäste, recht herzlich und stellt die ordnungsgemäße und fristgerechte Ladung zur Sitzung fest. Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Ordnungswesen und Digitalisierung ist beschlussfähig.

2. Feststellung der Tagesordnung

2.a. Dringlichkeitsanträge

Es liegen keine Dringlichkeitsanträge vor.

2.b. Beschlussfassung über die eventuelle Nicht-Öffentlichkeit einzelner Tagesordnungspunkte

Es wird festgestellt, dass es keine Tagesordnungspunkte gibt, die der Nicht-Öffentlichkeit bedürfen.

3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über die 11. Sitzung vom 20.11.2025

Im Vorwege ist ein Antrag gestellt worden, bei den Anwesenden für Herrn Schönhoff aufzunehmen, dass er in Vertretung für die entschuldigte Sonja Schönhoff teilgenommen hat. Ferner ist der Vermerk „Mehrere Gäste“ unter dem Punkt „Außerdem sind anwesend“ aufzunehmen.

Die Niederschrift ist mit diesen Ergänzungen mit einer Enthaltung und 8 Stimmen dafür beschlossen worden.

4. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

5. Bericht des Ausschussvorsitzenden

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende berichtet, dass es aus der laufenden Arbeit nur wenig Neues zu vermelden gibt und richtet den Blick daher auf kommende Themen.

Er informiert darüber, dass die nächste Sitzung des Ausschusses am 11. Juni 2026 stattfinden wird.

Eine von der Industrie- und Handelskammer (IHK) gemeinsam mit dem Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr (LBV) geplante Informationsveranstaltung zur Baustelle der B202 konnte bislang aus verschiedenen Gründen noch nicht terminiert werden.

Für die kommende Sitzung ist vorgesehen, dass der Stadtmanager einen Bericht zur durchgeführten Verkehrszählung vorlegt.

Zudem weist der stellvertretende Ausschussvorsitzende darauf hin, dass seine Vertretungszeit von maximal fünf Monaten nahezu ausgeschöpft ist. Da der bisherige Ausschussvorsitzende inzwischen das Amt des Bürgermeisters übernommen hat und zeitlich stark eingebunden ist, wird es erforderlich sein, auf der nächsten Stadtverordnetenversammlung einen neuen Ausschussvorsitzenden sowie eine Stellvertretung zu wählen. Dieses Vorgehen ist mit dem Bürgermeister abgestimmt. Der stellvertretende Ausschussvorsitzende kündigt an, sich für das Amt des Ausschussvorsitzenden zur Wahl stellen zu wollen.

Darüber hinaus berichtet er, dass ein Bürger ihn darauf hingewiesen hat, dass der Segel Club Friedrichstadt derzeit mit dem Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz (LKN) in Verhandlungen steht, um zwei Gastliegeplätze in den Grachten zu pachten. In diesem Zusammenhang ist es möglich, dass der LKN eine Stellungnahme der Stadt einfordert, ob sie dieses Vorhaben unterstützt. Der Sachverhalt soll daher bis zur nächsten Sitzung geklärt werden. Der betreffende Bürger hätte sein Anliegen gerne persönlich vorgetragen, war jedoch aus terminlichen Gründen an der Teilnahme an der Ausschusssitzung gehindert.

6. Bearbeitungssachstand zur Umsetzung gefasster Beschlüsse (öffentlich)

Der stellv. Ausschussvorsitzende merkt an, dass die Beschlussliste allen Teilnehmenden und Gästen im Ratsinformationssystem zur Einsicht vorlag. Erfreulich sei, dass fast alle Beschlüsse umgesetzt wären, nun seien wohl neue Beschlüsse erforderlich.

7. Bericht Mitarbeiter für den ruhenden Verkehr

Der Mitarbeiter für den ruhenden Verkehr, Herr Hargens, berichtet auf Bitte des Ausschusses über seine Tätigkeit und erklärt, die im Vorfeld gestellten Fragen gerne zu beantworten. Sein Kontrollschwerpunkt liegt in der Altstadt, wenngleich grundsätzlich das gesamte Stadtgebiet zu seinem Aufgabenbereich gehört. Aufgrund der baulichen Gegebenheiten mit engen Straßen sowie des erhöhten Besucheraufkommens ergibt sich in der Altstadt naturgemäß ein höheres Aufkommen an Verstößen.

Besondere Brennpunkte stellen aus seiner Sicht die Kurzzeitparkplätze im Bereich des Niebüller Bäckers sowie der Sparkasse dar, da bei Auslastung dieser Flächen häufig unerlaubt in der Fußgängerzone geparkt wird. Weitere Schwerpunkte bilden die Fußgängerzone selbst sowie Kreuzungsbereiche, in denen der vorgeschriebene Mindestabstand von fünf Metern häufig unterschritten wird. Die meisten Verstöße stellt Herr Hargens im Bereich von Halteverbotszonen, an Kreuzungen sowie im Zusammenhang mit der Nutzung von Parkscheiben fest.

Im Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern berichtet er von häufigem Unverständnis gegenüber seinen Maßnahmen; vereinzelt komme es auch zu Beleidigungen oder sogar Drohungen. Gleichzeitig werde er jedoch auch auf verkehrliche Probleme hingewiesen. So hätten Bürger angeregt, in der Brückenstraße und der Schleswiger Straße verstärkt Geschwindigkeitskontrollen durchzuführen, da dort nach subjektiver Wahrnehmung häufig zu schnell gefahren werde.

Als mögliche Verbesserungsmaßnahmen schlägt Herr Hargens vor, die Parkflächen auf dem Marktplatz sowie bei der alten Meierei ausschließlich für PKW freizugeben, da Wohnmobile durch ihre Parkweise teilweise mehrere Stellplätze gleichzeitig blockieren. Für den Bereich der alten Meierei regt er zudem an, eine schräge Anordnung der Parkflächen zu prüfen, um den vorhandenen Raum effizienter zu nutzen.

Im Durchschnitt spricht Herr Hargens etwa 760 Verwarnungen aus, wobei es sich hierbei ausschließlich um die an die Bußgeldstelle des Kreises weitergeleiteten Fälle handelt; mündliche

Verwarnungen sind darin nicht enthalten. Abschließend bedankt er sich für die Einladung und bietet an, weitere Fragen aus dem Ausschuss zu beantworten.

Auf Nachfrage eines Ausschussmitglieds zur Dienstanweisung erläutert Herr Hargens, dass ihm vom damaligen Bürgermeister bewusst freigestellt wurde, wann und wo er Kontrollen durchführt, um Gewöhnungseffekte zu vermeiden. Dies bewertet er als sinnvoll, zumal er bereits von Anwohnern darauf angesprochen worden sei, dass seine Rückkehr aus dem Urlaub „bedauerlich“ sei.

Den Hinweis, kostenpflichtige Parkplätze zugunsten der Entlastung der Altstadt weniger zu kontrollieren, weist er zurück. Ein solches Vorgehen würde sich seiner Einschätzung nach schnell herumsprechen und zu Einnahmeverlusten für die Stadt führen. Zudem würden entsprechende Informationen auch über digitale Anwendungen verbreitet; exemplarisch nennt er die App „Park4Night“, die insbesondere von Wohnmobilisten genutzt wird.

8. Beratung und Empfehlungsbeschluss über nicht-investive Fördermaßnahmen im Binnenlandtourismus

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende informiert, dass die angedachte Fördermaßnahme nicht mehr eingereicht werden soll. Hier werden die zuständigen Sachbearbeiter eine überarbeitete Fördermaßnahme in der nächsten oder übernächsten Sitzung vorstellen.

Daher wird dieser Tagesordnungspunkt bis auf weiteres verschoben.

9. Beratung und Beschluss über den Versand von Informationsschreiben zum Räumdienst an Zweit- und Ferienwohnungsbesitzer

Im Rahmen der Beratung wird das vorliegende Anschreiben zur vorsorglichen Erinnerung an die Streu- und Räumpflicht im Stadtgebiet von den Ausschussmitgliedern ausdrücklich begrüßt.

Ergänzend wird die Frage erörtert, ob ein entsprechendes Schreiben bereits zum jetzigen Zeitpunkt auch im Hinblick auf die Straßenreinigung versendet werden sollte.

Im Ergebnis der Beratung spricht sich der Ausschuss dafür aus, insoweit auf eine schriftliche Information zu verzichten und stattdessen eine Veröffentlichung über die Internetseite der Stadt sowie über die Social-Media-Kanäle der Stadt vorzusehen. Die Verwaltung wird gebeten, die entsprechenden Hinweise an die zuständige Redaktion weiterzugeben.

Beschluss:
Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Ordnungswesen und Digitalisierung, das vorliegende Anschreiben zur Erinnerung an die Streu- und Räumpflicht im Stadtgebiet durch die Verwaltung Mitte September an alle Eigentümerinnen und Eigentümer von Zweit- und Ferienwohnungen zu versenden.
Die Einwohnerinnen und Einwohner mit Hauptwohnsitz in der Stadt werden über die geltenden Pflichten im Rahmen der Streu- und Räumpflicht durch Veröffentlichungen auf der Internetseite der Stadt sowie über die Social-Media-Kanäle der Stadt informiert. Die Verwaltung wird mit der entsprechenden Umsetzung beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussfähigkeit		**Abstimmung**		
gesetzl. Mitgliederzahl	davon anwesend	dafür	dagegen	Stimmenthaltung
09	09	09	--	--

Bemerkung:
Aufgrund des § 22 GO waren keine/folgende Gemeindevertreterinnen/Gemeindevertreter von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen; sie waren weder bei der Beratung noch bei der Abstimmung anwesend:

10. Sachstandsinformation Einstellung Mitarbeiter für den Ordnungsdienst

Der Bürgermeister informiert den Ausschuss über das abgeschlossene Einstellungsverfahren für die neu geschaffene Stelle im Ordnungsdienst. Insgesamt haben sich drei Bewerber auf die Position beworben. Herr Hargens konnte sich im Auswahlverfahren durchsetzen und wird die Halbtagsstelle zum 01. Mai 2026 antreten.

Der Bürgermeister gratuliert Herrn Hargens zu seiner erfolgreichen Bewerbung und heißt ihn im Namen der Verwaltung herzlich im Team willkommen.

11. Beratung und Beschluss über die Einführung eines Jahresparktickets

In der Altstadt besteht hoher Parkdruck, der sich durch Bauarbeiten (Telekom, Wasser, Strom) zusätzlich verschärft, da Parkplätze als Lagerflächen gesperrt sind. Aus der Bürgerschaft kam daher die Anfrage, ein Jahresticket für den Parkplatz „Am Deich“ für Anwohner einzuführen.

Eine ähnliche Anfrage von städtischen Mitarbeitern wurde aus Gleichheitsgründen abgelehnt. Nun soll der Ausschuss grundsätzlich prüfen, ob ein solches Jahresticket möglich ist. Vergleichbare Modelle existieren bereits in anderen Gemeinden (z. B. Nordstrand).

Ein mögliches Modell wäre eine fahrzeuggebundene Pauschale, die das Parken auf städtischen, kostenpflichtigen Parkplätzen (außer Marktplatz) erlaubt, jedoch ohne Anspruch auf einen freien Parkplatz.

Das Jahresticket soll insbesondere eine spürbare Entlastung für die Bürgerinnen und Bürger schaffen und dabei allen natürlichen Personen offenstehen. Die außerhalb der Altstadt gelegenen, kostenpflichtigen Parkplätze verfügen in der Regel über ausreichende Kapazitäten und sind lediglich bei Veranstaltungen vollständig ausgelastet. Durch die Öffnung dieser Flächen mittels Jahresticket kann der bestehende Parkdruck in der Altstadt reduziert werden.

Eine weitergehende oder alternative Lösung, die sich möglicherweise aus dem beauftragten Mobilitätskonzept ergibt, kann frühestens ab September erörtert werden. Bis dahin stellt das Jahresticket eine praktikable und kurzfristig umsetzbare Maßnahme dar.

Der Ausschuss empfiehlt die Einführung eines fahrzeuggebundenen Jahrestickets für das Parken auf den kostenpflichtigen Parkplätzen der Stadt (mit Ausnahme des Marktplatzes).

Das Jahresticket berechtigt zum Parken im Rahmen der geltenden Bestimmungen, begründet jedoch keinen Anspruch auf einen freien Parkplatz.

Die Festlegung der Höhe der Kosten für das Jahresticket wird zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an den Ausschuss für Finanzen (FiKo) verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussfähigkeit		**Abstimmung**		
gesetzl. Mitgliederzahl	davon anwesend	dafür	dagegen	Stimmenthaltung
09	09	06	--	03

Bemerkung:
Aufgrund des § 22 GO waren keine/folgende Gemeindevertreterinnen/Gemeindevertreter von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen; sie waren weder bei der Beratung noch bei der Abstimmung anwesend:

Der stellv. Ausschussvorsitzende bedankt sich für die rege Mitarbeit und Unterstützung und schließt damit die Sitzung.

Der Ausschussvorsitzende Schriftführerin

ENTWURF